Krakauer Zeitung.

Nr. 100. **Donnerstag, den 1. Mai** **1862.**

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. **VI. Jahrgang.** **Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.**

Amtlicher Theil.

Gesetz

vom 28. April 1862*),

giltig für das ganze Reich, über die Aufhebung der Bergwerksfrohne.

In Betreff der Aufhebung der Bergwerksfrohne finde Ich für Meine Königreiche Böhmen, Lombardie und Venedig, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau, für Meine Erzherzogthümer Oesterreich unter der Enns und Oesterreich ob der Enns, für Meine Herzogthümer Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain und Bukowina, für Meine Markgrafschaft Mähren, für Mein Herzogthum Ober- und Nieder-Schlesien, für Meine gefürstete Grafschaft Tirol und Vorarlberg, dann für Meine Markgrafschaft Istrien sammt den gefürstetrn Grafschaften Görz und Gradiska und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete — mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes — für Meine Königreiche Ungarn, Kroatien und Slavonien, sowie für Mein Großfürstenthum Siebenbürgen in Gemäßheit des §. 13 des Grundgesetzes vom 26. Februar 1861**) anzuordnen, wie folgt:

§. 1. Die mit dem Namen der Bergwerksfrohne bezeichnete Abgabe, welche noch neben der Maßengebühr und der Einkommensteuer vom Bergbaue zu entrichten ist, wird vom 1. Mai 1862 angefangen aufgehoben.

§. 2. Von diesem Zeitpunkte an ist für die Zukunft der in verliehenen Bergwerksmaßen betriebene Bergbau außer der Maßengebühr, welche unberührt bleibt, der Einkommensteuer der ersten Klasse nach den für die Bemessung der Einkommensteuer bestehenden Vorschriften zu unterziehen. Die Einkommensteuer-Bemessungsbehörden sind verpflichtet, bei Bemessung dieser Steuer im Vernehmen mit der Berghauptmannschaft, in deren Bereich sich das steuerpflichtige Werk befindet, vorzugehen.

§. 3. Außerdem unterliegt jeder Freischurf einer jährlichen Abgabe (Freischurfgebühr) von zwanzig Gulden österreichischer Währung, welche nach den für die Einhebung der Maßengebühren bestehenden Vorschriften des Berggesetzes vom 23. Mai 1854***) (§§. 215 und 216) zu entrichten ist.

§. 4. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden der Finanzminister und der Minister für Handel und Volkswirthschaft beauftragt.

Wien am 28. April 1862.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.
Graf Wickenburg m. p. v. Plener m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:
Freiherr v. Ransonnet m. p.

*) Enthalten in dem am 30. April 1862 ausgegebenen XIV. Stück des Reichsgesetzblattes unter Nr. 28.
**) I. Beilage zu Nr. 20 des Reichsgesetzblattes.
***) Nr. 146 des Reichsgesetzblattes.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 25. April d. J. dem Kreisvorsteher in Przemyśl, Hofrath Heinrich von Saar, aus Anlaß seines Uebertrittes in den bleibenden Ruhestand, die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen, treuergebenen und vorzüglichen Dienstleistung allergnädigst zu bezeigen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 25. April d. J. dem Statthaltereirathe in Lemberg, Vincenz Mahrle, die angesuchte Versetzung in den bleibenden Ruhestand unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 25. April d. J. den Statthaltereirath extra statum in Lemberg, Alexander Summer, und die disponiblen Statthaltereiräthe Ignaz Ritter von Payersfeld, Anton Mravincsics und Eduard Eckhardt zu Statthaltereiräthen im Status der galizischen Statthalterei allergnädigst zu ernennen, den Lemberger Kreisvorsteher, Hofrath Karl Neusser, in gleicher Eigenschaft nach Przemyśl und den Tarnower Kreisvorsteher, Johann Hayderer, als Statthaltereirath in das Gremium in Lemberg zu versetzen, endlich die Leitung der Kreisbehörden in Lemberg dem Hofrathe der dortigen Statthalterei Karl Piwocki, in Tarnow dem Hofrathe Klaudius Jasinski, und in Wadowice dem quiescirten galizischen Kreisvorsteher, Statthaltereirath Theodor Friedhuber von Grubenthal allergnädigst zu übertragen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 25. April d. J. den Statthalterei-Sekretären in Lemberg, Vincenz Chitry Edlen von Freyselsfeld und Julius Ritter von Bobowski, ersterem den Titel und Charakter, letzterem den Titel eines Statthaltereirathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 25. April d. J. dem kaiserlichen Gesandten in Dresden, Joseph Freiherrn von Werner, die Annahme und das Tragen des ihm von Sr. Hoheit dem Herzoge von Sachsen-Meiningen verliehenen Großkreuzes des herzoglich sachsen-ernestinischen Gesammt-Hausordens allergnädigst zu gestatten geruht.

Mit derselben Allerhöchsten Entschließung haben Se. k. k. Apostolische Majestät dem k. k. Legations-Sekretär, Friedrich von Pilat, die Annahme und das Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes des päpstlichen St. Gregor-Ordens allergnädigst bewilligt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 18. April d. J. dem Finanzwachaufseher im Gebiete der österreichischen Finanzlandesdirection, Vincenz Heidecker, in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und straflosen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat den disponiblen Statthalterei-Sekretär, Joseph Osterlamm, dann die Bezirksvorsteher Joseph Ettmayer Ritter von Adelsburg und Eduard Straßer zu Statthalterei-Sekretären in Galizien, dann den disponiblen Kreiskommissär erster Klasse, Peter Cassina, zum Vorsteher des politischen Bezirksamtes in Neu-Sandec ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 1. Mai.

Die „Indépendance“ vom 29. v. Mts. enthält eine Correspondenz aus London, welche bestätigt, daß die Abreise Merciers, des französischen Gesandten in Washington nach Richmond, eine europäische, diplomatische Intervention bedeute, um den Norden mit dem Süden zu versöhnen. Vor der Schlacht von Pittsbourg wurde die Anerkennung des Südens als Basis der Unterhandlungen angenommen; seither ist die Frage schwieriger geworden.

Die Nachricht, daß die Reise der Königin von Holland nach Paris auf das Project einer Heirat des Prinzen von Oranien mit der Prinzessin Anna Murat sich beziehen soll, scheint der „Zeit“ nicht sehr glaublich. Dem Kaiser möchte eine solche Heirat vielleicht genehm sein. Napoleon III. habe in der jüngsten Zeit große Sympathien für Holland und die holländische Königsfamilie gezeigt. Daß aber die oranische Dynastie Neigung haben sollte, sich mit der Familie Joachim Murat's zu verbinden, sei um so unwahrscheinlicher, als eine solche Heirat im ganzen Lande höchst unpopulär sein würde.

Aus Paris, 26. April wird dem „Vat.“ geschrieben: Was die auswärtige Politik, insbesondere die römische Angelegenheit betrifft, so scheint der Wind in dieser Beziehung total umgeschlagen zu haben. Den allerneuesten kaiserlichen Dispositionen zufolge, wäre nun die Abreise des Herrn v. Lavalette nach Rom ad calendas graecas verschoben, wogegen man von der Abberufung des Herrn Benedetti (welcher übrigens mittlerweile nach Neapel abreiste) aus Turin und vom Rücktritte des Herrn v. Thouvenel spricht. Sie erinnern sich, was ich Ihnen über die „Coalition“ dieser drei Herren sagte; ihre Beseitigung ließe auf eine Piemont wenig günstige Wendung in der kaiserlichen Politik schließen.

Die Nachricht, daß dem Marquis v. Lavalette auf sein Ansuchen eine zweimonatliche Verlängerung seines Urlaubs bewilligt sei, wird heute bestätigt.

Marquis v. Lavalette, schreibt der Pariser d. F.-Corr. der „NPZ.“, hat in seinem Streite gegen General Goyon in Rom vollständiges Fiasco gemacht; vielleicht ist Ihnen jedoch noch folgendes interessante Detail unbekannt. Der Streit um den Kaiser herum hatte nach und nach solche Dimensionen angenommen, daß sich der Esprit de Corps der höheren Militärs hineinmischte, welche es unangemessen fanden, daß man einen commandirenden General einem Diplomaten opfern wolle. Ich glaube zu wissen, daß der Kriegsminister, Marschall Randon, der, obgleich Protestant, auf der Seite der Päpstlichen Sache steht, den Kaiser auf jene Empfindlichkeit der höheren Officiere aufmerksam gemacht hatte. Ich enthalte mich jedes Urtheils über diese Intervention des Militärs als solchen in die Regierungsangelegenheiten, daß sie aber überhaupt stattfinden und sich geltend machen kann, erscheint nur wie ein Streiflicht auf die Lage, das nicht zu mißachten ist.

Die Unterhandlungen wegen des französisch-italienischen Handelsvertrages, schreibt ein Pariser Corr. der „FPZ.“, gehen ihren Gang, und es ist alle Aussicht auf ein Zustandekommen desselben vorhanden; übrigens läßt sich noch gar nicht sagen, wann er unterzeichnet werden wird. Gerade in Sachen der Handelsinteressen treten oft ganz unerwartete Schwierigkeiten ein, zu deren Lösung bald mehr bald weniger Zeit erforderlich ist.

Nach Berichten der „K. Ztg.“ aus Turin ist die Weisung zur Paraphirung des franco-italienischen Handelsvertrages bereits nach Paris gegangen.

Dem „Corresp. mercantile“ zufolge hat Victor Emanuel bei seinem jüngsten Aufenthalte in Genua, als er die dort anwesenden Senatoren und Deputirten empfing, geäußert, daß für das laufende Jahr kein Krieg in Aussicht stehe, außer im Falle eines Angriffes von Seite Oesterreichs. Trotz seines lebhaften Wunsches, die Lösung der schwebenden Fragen zu beschleunigen, müsse man sich noch einige Verzögerungen gefallen lassen. Er sei indessen auf dem Puncte, in der römischen Frage einen Schritt zu thun.

Der „Osservatore Romano“ citirt den Brief eines hochgestellten Beamten in Turin an den Indentanten der königlichen Paläste in Neapel, in welchem es unter Anderm heißt: Es werden Ihnen 500,000 Franken zur Verfügung gestellt werden; sorgen Sie für Enthusiasmus bei Ankunft des Königs.

Das geheime Agitations-Comité in Rom hat das mot d'ordre ausgegeben, es sollte das Volk, wenn Victor Emanuel an der Grenze des Patrimoniums erscheint, ihm möglichst zahlreich entgegenziehen. Da die Franzosen, so befürchtet die Umgebung des Papstes in ihrer Seelenangst, das Patrimonium blos gegen einen bewaffneten Einfall zu schützen haben, so werden sie dem Einzuge des vom friedlichen Volke geleiteten Königs in Rom kein Hinderniß in den Weg legen. Man wollte im Vatican wissen, Victor Emanuel soll etwas Aehnliches von gewisser Seite gerathen worden sein, und man ist sich nur darüber noch nicht klar, ob der König diesen Rath befolgen wird, der Umstand, daß der König nicht auf dem Lande, sondern auf dem Seewege aus dem Toscanischen nach Neapel reist, genügt, um diese Befürchtungen als chimärisch erscheinen zu lassen.

„Fädrelandet“ meldet, daß der König von Schweden den Capitän Ericsson, dem Erbauer des „Monitor“, aus den Vereinigten Staaten zurückberufen und daß demselben die Stellung eines gemeinsamen Flotten-Ingenieurs für die drei skandinavischen Reiche gegeben werden möge.

Die Annahme des von Omer Pascha dem Fürsten von Montenegro gemachten Vergleichsantrages ist nach der „Patrie“ auf dringendes Anrathen der Vertreter von Frankreich und Rußland erfolgt. Nach anderweitigen Berichten ist die Annahme noch nicht erfolgt.

Ueber die Unterhandlungen, welche neuerlich zwischen Omer Pascha und Nikitta, dem Chef der Schwarzen Berge stattfanden, schreibt die „Presse“: Der Telegraph meldete vor zwei Tagen über Paris, Omer Pascha habe dem Fürsten von Cettinje Eröffnungen machen lassen, und es werde auf Grundlage der Autonomie der Herzegowina unterhandelt. Wie uns von ganz zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, ist diese Nachricht durchaus falsch. In der That hat Omer Pascha einen Abgesandten (seinen Leibarzt) nach Cettinje geschickt. Derselbe war jedoch lediglich Ueberbringer des schon seit Wochen von der Pforte beschlossenen Ultimatums an Montenegro. Die Uebergabe dieses Ultimatums hatte sich verzögert, weil die türkische Regierung dasselbe vorerst den Vertretern der Mächte mittheilte. Der Gesandte Rußlands in Konstantinopel war der einzige, welcher das Ultimatum mißbilligte. Oesterreich, England, Frankreich und Preußen erhoben keinen Einwand dagegen, fanden es im Gegentheile ganz correct. Dem russischen Gesandten, welcher erklärte, daß Rußland eine Invasion Montenegro's durch die türkische Regierung nicht gestatten werde, antwortete die Pforte ausdrücklich: Es handle sich bei den Operationen gegen Montenegro weder um eine Annexion noch Incorporirung, und sollte Omer Pascha selbst gezwungen sein, bis Cettinje vorzudringen, um dort den Frieden zu dictiren, so verpflichtet die Pforte sich, die Territorial-Verhältnisse unverändert zu lassen. Nachdem die türkische Regierung sich auf diese Weise den Rücken gedeckt, ging das Ultimatum am 5. April von Konstantinopel an Omer Pascha ab mit der Weisung, danach zu handeln. Dieses Ultimatum wurde beiläufig am 20. April in Cettinje überreicht. Das Ultimatum ist sehr gemäßigt und enthält keinerlei Drohung. Es verlangt von Montenegro, daß man in Cettinje die durch die europäische Grenzberichtigungs-Commission gezogenen Grenzen respectire, daß man unverweilt die außerhalb dieser Grenzen befindlichen montenegrinischen Banden zurückberufe, die Neutralität beobachte, alle weiteren Incursionen vermeide und die bei Krnitza gemachten türkischen Gefangenen sofort ausliefere. Das Ultimatum gab dem Fürsten von Montenegro fünf Tage Bedenkzeit, und gleichzeitig erhielt Omer Pascha die Weisung, im Falle man sich zu Cettinje weigert, die Erfüllung dieser Bedingungen zu erzwingen. Nikitta scheint das Ultimatum halb und halb angenommen zu haben, und es wird in diesem Augenblicke darüber verhandelt. Charakteristisch ist, daß Nikitta alles leugnet, und erklärt, die Expeditionen der Montenegriner nach der Herzegowina seien gegen seinen Willen geschehen. Ein Theil der bei Krnitza gemachten Gefangenen wurde von Montenegro bereits ausgeliefert. Man wird also vor Allem das Resultat dieser Unterhandlungen abwarten müssen.

Die Reise des türkischen Großherrn nach Paris, London und anderen Hauptstädten Europa's wird immer wahrscheinlicher. Dem „Pays“ melden Briefe aus Konstantinopel, daß derselbe in der zweiten Hälfte des Monats Juni von dort abzureisen gedenke.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Serbien dringe wiederholt und mit Nachdruck darauf, daß Commissäre mit der Lösung der Frage wegen des Aufenthaltes der Türken betraut und nach Belgrad entsendet werden. Ali Bey, bis jüngst Secretär der türkischen Gesandtschaft in Paris, ist für diese Mission designirt.

Der neuesten aus Mexico in Cadix eingetroffenen Depesche zufolge bereitete sich zu Puebla eine Bewegung im conservativen Sinne vor, und man erwartet mit dem nächsten Schiff die Nachricht von der Einsetzung einer provisorischen Regierung. General Almonte würde der Präsident derselben werden. Santana, Miramon und Zuloaga zeigen sich geneigt, die Errichtung einer Monarchie in Mexico zu begünstigen. Dagegen hat der General Alvarez den Krieg gegen die Alliirten begonnen, da ihm die vom Präsidenten Juarez gemachten Zugeständnisse nicht genehm sind.

Der Schatzkanzler Mr. Gladstone hat auf einem jüngsten Meeting eine Rede über den amerikanischen Krieg gehalten, welche die vollständige Neutralität Englands in dieser Angelegenheit principiell erläutert.

Die Wiener „Presse“ meldete kürzlich, das oesterreichische Cabinet habe vor einigen Wochen in Berlin eine Denkschrift übergeben lassen, worin vom Standpunkt des zwischen Oesterreich und dem Zollverein bestehenden Vertrags auf das Bedenkliche mancher Stipulationen in dem preußisch-französischen Handelsvertrage hingewiesen sei. Auf diese Denkschrift habe das preußische Cabinet mit dem Ausdruck des Bedauerns geantwortet, daß über die betreffenden Punkte zwischen den Unterhändlern Preußens und Frankreichs schon eine Verständigung erzielt sei, welche Aenderungen nicht mehr zulasse. Diese Mittheilung der „Presse“ schreibt ein Berliner Corr. der „F. P. Z.“ erweist sich als unrichtig. In neuerer Zeit ist gar keine auf die Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich bezügliche österreichische Kundgebung nach Berlin gelangt. Ueber den eigentlichen Sachverhalt erfahren wir aus sonst guter Quelle Folgendes: Gegen Ende des vorigen Sommers hat das Wiener Cabinet aus Verlautbarungen über die Unterhandlungsgrundlage Preußens und Frankreichs Anlaß genommen, in einer besonderen Denkschrift sich über die Stellung des Vertrages von 1853 zu handelspolitischen Abschlüssen des Zollvereins mit anderen Mächten auszusprechen und dabei an Preußen die Frage zu richten, welche Rückwirkungen der in Aussicht genommene Vertragsabschluß mit Frankreich auf das zwischen Oesterreich und dem Zollverein vorhandene Vertragsverhältniß ausüben würde. Auf diese Frage ist erst vor Kurzem eine Antwort nach Wien ergangen. Dieselbe soll in einer vom 7. April datirten Depesche enthalten sein. Gleichzeitig ist dem österreichischen Cabinet von dem mit Frankreich hier vereinbarten Vertragsentwürfen Kenntniß gegeben worden. Wie es heißt, wird in der preußischen Erklärung namentlich hervorgehoben, man habe sich über die von Wien aus angeregten Punkte nicht äußern können, so lange es ungewiß erschienen sei, ob die Unterhandlungen mit Frankreich überhaupt zu einem positiven Ergebniß führen würden. Nachdem aber nunmehr mit dem Abschluß der Verhandlungen ein sicherer Ueberblick und eine feste Basis gewonnen worden, säume man nicht länger, sich näher auszusprechen. Im Weiteren sollen dann mehrere in Betracht gestellte Einzelfragen genauer erörtert sein. (Es ist unwahrscheinlich, daß Preußen — anstatt gegen seinen Mitcontrahenten über die etwaigen Rückwirkungen eines beabsichtigten Vertrages auf den schon bestehenden sich rechtzeitig zu äußern — jetzt nachträglich das Ende zum Anfang gemacht haben sollte. In der That stellte sich die Sache eben so, daß die in voller Wirksamkeit befindliche Thatsache von 1853 Anspruch hatte, auf die späteren Verhandlungen vor Allem den Einfluß zu üben, daß sie nicht selber durch eine erst zu vollendende Thatsache von 1862 in Frage gestellt würde.)

Journalstimmen über die Bankvorlagen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ Nr. 167 berichtet aus Wien unterm 30. März:

„Aber jetzt geräth man in die Stimmung, auch alle anderen Finanzoperationen zu unterlassen, welche zur Verminderung der schwebenden Schuld, und zur Herstellung der Valuta unumgänglich nothwendig sind,

nur weil diese Operationen so kostspielig ausfallen. Hier wird nur vergessen, daß ohne solchen Kostenaufwand an eine dauerhafte und eingreifende Besserung der Valuta und Finanzen nicht zu denken ist. In der Opposition gegen den Plener'schen Bankplan spielt diese Ansicht eine Rolle. Lieber soll Alles beim Alten bleiben, als daß bestimmte neue Lasten übernommen werden!"

Zu Nro 181 (Abendblatt) sagt dasselbe Blatt:

„Es zeigt sich hier wieder einmal deutlich, wie in Finanzverhältnissen Oesterreichs die Kritik jedes politischen Besserungsvorschlages bedeutend leichter ist, als die Aufstellung neuerer und besserer Gegenplane. In dem von dem Professor des „Strafrechtes" Herbst entworfenen Ablehnungsberichte sind ohne Zweifel sehr schwache Argumente enthalten. Es ist nicht schwer, das Plenerische Uebereinkommen in manchen Punkten zu tadeln, aber die Herbst-Hasner'sche Polemik will außerordentlich wenig sagen. Namentlich wird darin wieder das Steckenpferd von der immensen Dividende der Bank geritten. Wenn man aber bedenkt, daß die Dividende der Bank in den Dividenden-Jahren niemals 15 Prozent erreichte, so wird man niemals gewiß mit Professor Herbst von 16 bis 19 Procent reden können. Nicht minder unzuläßig sind die meisten Einwände gegen das Uebereinkommen vom volkswirthschaftlichen Gesichtspunkte. Die „Ostd. Post" widerlegt mehrere Hauptargumente. Es scheint fast als ob sich mit dem Erscheinen des Sectionsberichtes die vielfach künstlich erregte Opposition gegen das Plenersche Project etwas besänftigen würde. Vollends aber sind die Gegenvorschläge der Sectionsmajorität wenig plausibel. Der Haupteinwurf gegen das Uebereinkommen gilt nicht minder gegen dieses neue Project. Um der Deckung des Deficits willen wird dort der Bank ihr Privilegium verlängert und hier das Staatspapiergeld eingeführt, um unsere Finanzen vollends auf eine abschüssige Bahn zu bringen. Und wenn in dem Plenerschen Plane zu wenig für eine baldige Besserung der Valuta geschieht, so geschieht in dem Plane der Section vollends Nichts. Die Spannung auf den Ausgang ist allseitig groß. Die vier dissentirenden Mitglieder der 3. Section bereiten Modificationen des Uebereinkommens vor, und das ist gewiß im Ganzen das Räthlichste in dieser Angelegenheit."

In der Nr. 184 schreibt man demselben Blatte aus Wien:

„Die ganze Bankangelegenheit ist hier so total zur Parteifrage geworden, daß nach dieser Parteianschauung Alles beurtheilt wird. Viele Abgeordnete nehmen noch keinen klaren Standpunkt ein. Aber die verschiedensten Gründe sprechen dafür, daß über die Partheirücksichten doch schließlich der Zweckmäßigkeitsgrund siegen und das Einkommen von Modificationen durchgehen wird."

„Die „Schlesische Z." schreibt über den Bericht der 3. Section des Finanzausschusses:

„Die Börse und das große mit ihr verwachsene Publikum hat sich allmählig über diese große Controverse beruhigt und in den Gedanken gefunden, daß Nichts geschehen wird, was zur Assignatenwirthschaft führt, selbst wenn die Mehrheit der Section im Plenum siegend, die Frage von der Verlängerung des Bankprivilegiums vertagen und das Defizit durch andere Mittel gedeckt werden sollte."

Die Ostd.-Post — Nr. 95
will zwar die Plenersche Bankvorlage, so wie sie vorliegt nicht annehmen, aber sie glaubt, daß die in diesem Actenstücke zur Geltung gelangten Principien in Oesterreich nothwendig als Basis jeder Lösung der Bank- und Valutafrage dienen müssen, und daß es sich daher nur um Modification, nicht aber um die Verwerfung der Bankfrage handle.

Die Mehrzahl der Wiener Journale hat um eine Modificirung der Bankvorlage gestimmt, jedoch die von der dritten Section des Finanzausschusses vorgebrachten Motive vom finanziellen und volkswirthschaftlichen Standpunkte einer strengen Kritik unterworfen, und tritt mit Ausnahme der bekannten Papiergeldagitationen bei dieser Gelegenheit der Emission von Staatsnoten mit einer Schärfe der Dialectik entgegen, welche die absolute Verwerfung der Bankvorlage immer mehr als sehr zweifelhaft erscheinen lassen.

Der „Botschafter" (9. April)
kann den Entschluß der Regierung und ihre diesbezügliche Erklärung: von einem Centralzettelinstitute nicht abzugehen, im Interesse der Wohlfahrt der ganzen Monarchie nur billigen.

„Neue Preußische Z." Nr. 84
nennt den Bericht der Finanzsection über die Bankvorlage so schwach und so ungemein oberflächlich, daß er in Wirklichkeit den Eindruck mache, als wäre er eine pfiffige Beweisführung a contrario zu Gunsten der Regierungsvorlage.

Der „Moniteur" Nr. 107
äußert sich in einer Münchner Correspondenz vom 14. April über die Finanzfrage in Oesterreich folgendermaßen: Die Finanzfrage ist in Wien die große Tagesangelegenheit und bietet in der That ein außerordentliches Interesse: Zwischen dem Finanzausschusse und dem Cabinete herrscht eine gründliche Meinungsverschiedenheit nicht nur über die Vorlage bezüglich der Bank, sondern auch über die Natur und die Umlegung der neuen Steuern. Herr von Plener schlägt eine Vermehrung der Grundsteuer vor, während der Ausschuß diese mißbilligt und einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 3 Perzent empfiehlt, was diese Steuern von sieben Procent auf zehn Procent erhöhen würde. Gewisse einflußreiche Abgeordnete sprechen sich zu Gunsten der Ausgabe von Statsnoten aus. Das Ministerium widersetzt sich aus allen Kräften dieser Maßregel, welche übrigens auch von der öffentlichen Meinung verworfen wird, und es erklärt kategorisch, sich gegen die Annahme des Principes zu widersetzen, welches den Staat ermächtigen würde, derlei Noten in Umlauf zu bringen. Wenn dieser Plan die Oberhand erhielte, so würden die Minister nicht zögern, der Krone den Rath zu ertheilen, demselben ihre Sanction zu versagen."

„Der Plan der Finanzvorlage, welchen Feldmarschall Freiherr von Hess entworfen hat, wurde am 7. April der Deputirtenkammer vorgelegt. Was den Gläubigern des Staates Vertrauen einflößt, ist die Aufrichtigkeit der Bemühungen, denen sich alle Gewalten hingeben, um zu dem erwünschten Resultate zu gelangen."

Verhandlungen des Reichsrathes.

Heute wird das Abgeordnetenhaus wieder seine Sitzungen beginnen. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag Mühlfeld's wegen Einführung der Schwurgerichte. Wie das „Fremdenblatt" hört, wird der erste Sitzungstag drei Interpellationen bringen. Die erste von Tschabuschnigg, betrifft die in jüngster Zeit an zwei deutsche Journale Siebenbürgens ergangenen Verwarnungen; die zweite von Rosthorn, den preußisch-französischen Handelsvertrag; die dritte von Schindler, die großartigen Briefunterschlagungen.

Neuen Mittheilungen über die Vorgänge im Finanzausschuß zufolge haben sich Minorität und Majorität der dritten Section in dem Beschlusse geeinigt, das Szabel'sche Bankprojekt zur Grundlage der Sectionsberathung zu machen und die Berathung in dieser Richtung hat am 28. v. M. begonnen. Die Abänderungsvorschläge Szabels bestehen aus Abänderungsanträgen: 1. zu dem Gesetzentwurfe, 2. zu den Punktationen für ein Uebereinkommen, 3. zu den Bankstatuten und 4. zu dem Reglement der Bank, und laufen im Wesentlichen darauf hinaus:

daß das Bankprivilegium nicht auf 25, sondern auf 10 Jahre verlängert, daß die Wiener-Währungs-Schuld an die Bank nicht erst bis 1870, sondern bis 1866 amortisirt werde; daß die Rückzahlung der Silberschuld an die Bank von zwanzig Millionen Gulden nicht schon in zwanzig Monatsraten, sondern erst 1865 und 1866 erfolge; daß der Vorschuß von achtzig Mill. Gulden an den Staat nicht mit zwei Percent verzinslich, sondern unverzinslich sei; daß die Staatsgüterschuld rasch amortisirt und bis zur Tilgung mit zwei Percent verzinst werde; daß die Bank ihre Effecten längstens bis 1865 verkaufe; daß die reichsräthliche Staatsschulden-Commission das statutenmäßige Gebahren der Bank überwache; daß nach Tilgung der Schulden des Staates an die Bank (mit Ausnahme der achtzig Millionen Gulden) der Termin zur Aufnahme der Baarzahlungen, sowie zur Einziehung der Ein- und Fünfgulden-Noten verfassungsmäßig bestimmt werde, und die Bank dann diesen Anordnungen bei Verlust ihres Privilegiums Folge zu leisten habe.

Die Section beschloß aus sachlichen Utilitätsgründen zuerst mit der Berathung der Statuten zu beginnen. Alleiniger Gegenstand der Debatte war der §. 1 derselben, welcher nach dem Antrage Szabel's lautet:

„Das mit dem Patente vom 1. Juli 1861 der Nationalbank gewährte Privilegium, welches bis letzten Dezember 1866 dauern sollte, wird in Gemäßheit gegenwärtiger Statuten abgeändert und verlängert und soll bis zum letzten Dezember 1876 dauern."

Zu einer Beschlußfassung kam es nicht, weil Ministerialrath v. Brentano durch eine lange Rede, worin er sich sowohl im Interesse der Bank als im Interesse des Staats für eine längere Privilegiumsdauer aussprach, einen großen Theil der Sitzung ausfüllte. Eine Stimme in der Auschußsitzung soll eine zwölfmonatliche Kündigung des mit der Nationalbank abgeschlossenen Uebereinkommens beantragt haben.

Am 29. v. M. wurde im Neunercomité des Finanzausschusses in der Berathung der Bankacte fortgefahren. Man gelangte bis zum §. 4, welcher die Frage der Errichtung von Bankfilialen betrifft. Ein definitiver Beschluß über diesen Punkt ist noch nicht gefaßt worden.

Bezüglich des §. 1 (Dauer der Verlängerung des Bankprivilegiums) einigte man sich im Plenum des Ausschusses zu beantragen, es solle das Bankprivilegium bis zum Jahre 1875, also auf zehn Jahre (Antrag Szabel's) verlängert werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. April.

Wie die „Autogr. Corr." meldet, ist in der Kaltwasser-Badeanstalt in Prießnitzthal bei Mödling der Besuch Sr. Maj. des Kaisers während der Dauer seines Aufenthaltes in Laxenburg angesagt.

Se. Maj. der Kaiser Ferdinand hat dem Prager Spital der barmh. Brüder 500 fl. gespendet.

Heute Nachmittag 2 Uhr war großer Ministerrath unter Vorsitz Sr. k. Hoh. des Herrn Ministerpräsidenten Erzh. Rainer.

Nachdem Se. Exc. der Staatsminister Ritter v. Schmerling bereits genesen, wird unter seinem Vorsitze das Comité, welches für die Vorbereitungen zur Jubelfeier der Wiener Universität eingesetzt wurde und das alle in dieser Angelegenheit bereits gestellten Anträge zu erörtern hat, die regelmäßigen Sitzungen aufnehmen.

Der Staatsminister Ritter v. Schmerling hat gestern wieder zum ersten Male nach seiner Genesung im Staatsministerium Audienzen ertheilt.

Der kgl. preußische Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. v. Werther, ist heute von Berlin zurückgekehrt.

Der k. k. österr. Gesandte am preußischen Hofe, Hr. Graf v. Karolyi, wird vier Wochen theils in Wien, theils auf seinen Gütern in Ungarn verweilen.

Der k. k. Gesandte am kgl. sächsischen Hofe, Herr Baron v. Werner, wird übermorgen auf seinen Posten nach Sachsen zurückkehren.

Graf Eulenburg, welcher sich seit zwei Jahren als Chef der preußischen handelspolitischen Mission in China befand, ist auf der Rückreise nach Berlin hier eingetroffen. Derselbe soll bestimmt sein, im preußischen Ministerium das Portefeuille des Handelsministers zu übernehmen.

Die japanische Gesandtschaft, deren Hieherkunft wir bereits anzeigten, wird im Monate Juni in Wien eintreffen und beiläufig 14 Tage hier verbleiben.

Heute Nachmittag conferirte der eben hier angekommene Statthalter Graf Palffy längere Zeit mit dem Grafen Forgach; er dürfte morgen in besonderer Audienz von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen werden und Donnerstag Abends, spätestens Freitag Wien wieder verlassen.

Die mährische Landesbaudirection wird mit dem heutigen Tage aufgelöst, und wird an deren Stelle bei der Statthalterei in Brünn ein Baudepartement errichtet.

In Prag ist, wie der „Tagesbote" meldet, ein auf die Verminderung des Effectivstandes der böhmischen Garnisonen bezüglicher Befehl eingetroffen. Die Details, welche diesem Blatte hierüber mitgetheilt werden, würden auf eine bedeutendere Reduction hinweisen, als man bisher annahm; es sollen angeblich bei den vierten Bataillonen von jeder Compagnie 40 Gemeine, 10 Gefreite, 6 Corporäle, 1 Zimmermann, 1 Hornist und 1 Tambour entlassen werden.

Ueber den Landtagsdeputirten und Schriftsteller Kwaternik verlauten seltsame Gerüchte. Es heißt, er habe dem Grafen Rechberg zwei Briefe geschrieben, in welchen er zwei in hohen Würden stehende Kroaten des Verraths an der Nation wie überhaupt an Oesterreich beschuldigt, und sich erbietet gegen eine Entschädigung von 200.000 fl. dem Minister sehr wichtige Plän Rußlands und Frankreichs, die gegen Oesterreich abzielen, zu enthüllen. Graf Rechberg theilte diese Briefe dem kroatischen Hofkanzler Mazuranić mit und Kwaternik entfloh in Folge dessen aus seinem Vaterlande, ohne daß man weiß wohin. In dem in Karlowitz erscheinenden „Glasonoš" tritt nun Kwaternik mit einer Erklärung gegen diese Gerüchte auf, aber seine Erklärung ist, wie „Narodnj Listy" bemerken, ganz matt, verworren und nichtssagend. (Kwaternik war Jurat, als aber die österreichischen Gesetze in Kroatien eingeführt wurden und alle Advocaten sich einer Prüfung unterziehen mußten, bestand er diese nicht [angeblich, weil die fremden Prüfungscommissäre ihm nicht wohlwollten] und ging daher nach Rußland, sich um ein Amt zu bewerben. Die Dampfschifffahrts-Gesellschaft von Odessa machte ihn zu ihrem Agenten in Pest, welchen Posten er aber 1859 verließ, um nach Paris zu reisen, wo er eine Stelle als politischer Agent der französischen Regierung angenommen haben soll. Er schrieb eine französische Brochure unter dem Titel: „Kroatien und die italienische Conföderation," welche verboten wurde, aber trotzdem oder vielleicht eben deshalb in Kroatien starke Verbreitung fand. Eine Zeit lang lebte er in der Schweiz und kehrte nach Erlassung des Octoberdiploms nach Agram zurück, wo er sich mit Publicistik beschäftigte und, in den Landtag gewählt, einen Gesetzentwurf über das staatsrechtliche Verhältniß Kroatiens zu Ungarn und Oesterreich ausarbeitete, welcher aber selbst seinen intimsten Freunden als eine solche Unmöglichkeit erschien, daß darüber gar nicht debattirt wurde. Nach Schluß des Landtags beschäftigte sich Kwaternik in Agram mit literarischen Arbeiten, bis das zweite Heft eines Werkes über kroatische Verhältnisse mit Beschlag belegt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde, die aber zu keinem Anklagebeschluß führte.

Deutschland.

Wie man aus Berlin erfährt, hat die preußische Regierung den Bau eines Panzerschiffes befohlen, das den Namen „Friedrich II." führen wird. Dieses Schiff wird in Stralsund gebaut werden. Bekanntlich hat die aufgelöste preußische Kammer dem Ministerium die Entwicklung der preußischen Marine in besonderer Weise anempfohlen.

Die hannover'sche Regierung hat den Kammern einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher eine Aenderung der Landesverfassung dahin bezweckt, daß die erste Kammer um vier vom König zu ernennende Mitglieder und die zweite Kammer um vier von der höheren evangelischen Geistlichkeit zu wählende Mitglieder vermehrt werden sollen.

Bischof Ketteler von Mainz hat am 24. April die Reise nach Rom angetreten.

Aus Franken, 26. April, wird dem Botschafter über den preußisch-französischen Handelsvertrag geschrieben: Auch bei uns ist die Aufregung über den Handelsvertrag, in welchem Preußen wieder seinen bösen Willen, seinen Mangel an Vaterlandsgefühl und seine Unwissenheit in Statistik und Staatswirthschaft so recht klar an den Tag gelegt hat, eine allgemeine und die Unverschämtheit, mit welcher preußische Blätter es ganz offen aussprechen, daß der Vertrag nicht aus volkswirthschaftlichen, sondern aus politischen Gründen geschlossen worden, trägt das ihre dazu bei, die Stimmung noch mehr zu verbittern. Nachdem das ungeschickt angelegte Kunststückchen, den Zweck der Ueberrumpelung zu erreichen, mißlungen, und die öffentliche Meinung Zeit gewonnen hat, sich mit dem materiellen Theile der Frage bekannt zu machen, scheint mir die Nichtannahme so ziemlich gesichert. Das soll indessen Niemanden veranlassen, die Hände in den Schooß zu legen. In Baiern wird man die volkswirthschaftliche Seite der Angelegenheit der schärfsten Beleuchtung und gründlichsten Beurtheilung unterwerfen. Ich hoffe, daß dabei der Zusammenhang aller nationaler Interessen — der volkswirthschaftlichen und der bundesrechtlichen, recht fühlbar hervortreten und damit die Gesammtheit derselben gefördert werden wird. An dem Handelsvertrage selbst kann und wird Preußens Unvermögen zu der von ihm angesprochenen Stellung in der besten Weise nachgewiesen werden. Eine Sprengung des Zollvereins ist nicht im Mindesten zu fürchten. Preußen würde damit seiner Industrie wie seinen Finanzen einen tödtlichen Stoß versetzen, und die einzige Stellung aufgeben, welche wenigstens einige Aussicht auf Verwirklichung seiner Hegemoniepäne verwahrt. Wollte Preußen es dennoch darauf ankommen lassen — nun — dann ergäbe sich ja alles Uebrige von selbst. Wir könnten es gleichfalls darauf ankommen lassen.

Die „N. P. Z." schreibt: Der bereits vor einiger Zeit als bevorstehend angekündigte Verkauf der „Kölnischen Zeitung" ist jetzt auf den 3. Mai festgesetzt. Voraussichtlich wird ein Theil der Erben das Eigenthumsrecht der Zeitung an sich bringen. Dem Vernehmen nach sollen die entschiedenen Katholiken hiebei große Hoffnung auf einen der Erben setzen, welcher in der gerichtlichen Theilungssache als Kläger austritt und ihrer Partei angehört; sie möchten durch seine Betheiligung an dem Ankaufe Einfluß gewinnen.

Frankreich.

Paris, 26. April. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde das kaiserliche Decret mitgetheilt, durch welches die Session bis zum 14. Juni verlängert wird. Es ist allerdings nicht vorauszusehen, ob nicht nach Ablauf dieser Frist eine nochmalige Verlängerung nothwendig werden wird, doch ist es unrichtig, wenn die „Patrie" behauptet, daß die Arbeiten der Budgetcommission nicht vor Mitte Juni fertig sein werden; die Commission denkt ihre Vorlagen schon Mitte Mai machen zu können. Die Berichterstattung über das Budget wird übrigens in drei Theile zerfallan und der Bericht von drei Commissionsgliedern erstattet werden: 1) über das ordentliche; 2) über das außerordentliche Budget, und 3) über das sogenannte Budget rectificatif. Im Palais Bourbon zweifelt man an der Genauigkeit der gleichfalls von der „Patrie" gebrachten Nachricht, daß der Kaiser beabsichtigte das Militärdotationsproject in dieser Session vorzulegen. Man „hofft", daß dies nicht der Fall sein, und die kaiserliche Regierung den Deputirten jede Verlegenheit ersparen werde. Dagegen ist trotz der gegentheiligen Versicherung aus dem Munde des Kaisers bei Entgegennahme der Adresse neuerdings die Rede von der Auflösung des gesetzgebenden Körpers und von Neuwahlen. Die zahlreichen Veränderungen unter den Präfecten, welche man erwartet, geben diesen Gerüchten von der Auflösung des gesetzgebenden Körpers im August oder September (zu welcher die Aussicht auf eine günstige Ernte die Regierung bestimmt zu haben scheint) viele Wahrscheinlichkeit. In der That hat, Hr. v. Persigny gerade heute ein vertrauliches Circular in dieser Beziehung an die Präfecten abgeschickt. — Die Arbeiten wegen des Baues der sogenannten Chemin de fer circulaires, d. h. der Eisenbahnen, die dazu bestimmt sind, die Häfen und festen Plätze Frankreichs mit einander zu verbinden, sind im Ministerium zur Vorlage an den Kaiser bereit, welcher diese Sache zur schleunigsten Erledigung empfahl. Diese wesentlich strategischen Linien sind 28 an der Zahl. Den Anfang werden die Linien der westlichen Häfen machen. — Wie man versichert, wird Hr. Mirès demnächst nach Konstantinopel abreisen, um mit der Pforte ein großes Geschäft abzuschließen, zu welchem ihm sein Credit, wie er hofft, die Mittel bieten werde. Der Generalprocurator zu Douai, Hr. Pinard, soll in Folge des Mirès'schen Processes mit demselben Range nach Rom versetzt werden. — Der Pariser Volkswitz hat sich bereits der Mirès'schen Geschichte bemächtigt. Es circulirt eine Karrikatur, den Dumollard darstellend wie er kopflos aus dem Grabe steigt und ruft: „Ich verlange durch das Tribunal von Douai abgeurtheilt zu werden." — Hr. Grandguillot, welcher an der Spitze des „Pays" steht, hat die Befugniß erhalten, ein Abendblatt herauszugeben. Es ist ihm die Frist eines Jahres zu den nöthigen Vorbereitungen mit dem Bedeuten eingeräumt worden, daß die Befugniß erlöschen werde, wenn nach Ablauf dieser Zeit das Blatt nicht erscheine. — Bei Granier soll demnächst eine Schrift von Proudhon unter dem Titel: „Les majorats litteraires" erscheinen. — Den Nachrichten aus Departements zufolge läßt sich eine gesegnete Getreideernte erwarten. — Graf Branicki, Maire von Montresor im Indre-et-Loire-Departement, ist zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden, weil er seine Gemeinde auf seine Kosten mit vielen gemeinnützigen Anstalten beschenkt hat.

Der Moniteur enthält einen Bericht an die Kaiserin über die Errichtung einer „Gesellschaft des kaiserlichen Prinzen", welcher, wie es scheint, an die Stelle des heil. Vinzenz de Paula gestellt werden soll. Der Erzbischof von Paris, Cardinal Morlot, übernimmt den Vorsitz, nachdem er nicht vom Kaiser ernannter Gouverneur der Vinzenzvereine werden konnte, welche lieber untergehen, oder ihre Selbständigkeit und das freie Vereinsrecht opfern wollen. Die Erfindung ist theils den deutschen Vorschußbanken oder Handwerksbanken, theils dem oeuvre de la Sainte-Enfance entlehnt. Das Institut unter der Oberleitung der Kaiserin und unter dem Patronate des Kronprinzen wird jedoch als eine reiche Wohlthätigkeitsanstalt proclamirt. Der kaiserliche Prinz soll als Wohlthäter der Zeitgenossen und als erster Theilnehmer der jungen Generation erscheinen, zu deren Regenten ihn die Vorsehung bestimmt hat. Unter ihm und unter der absolutorischen Regierung der Kaiserin und zum Zwecke der Unterstützung des männlichen Alters gruppiren sich in Associationen die Kinder bis zum 18. Jahre und diese Kindergenossenschaft vertheilt die Darlehen oder Vorschüsse an die Arbeit. Es ist Dies vielleicht die unlängst insinuirte Organisation des Proletariats. Die Maschinerie der Erfindung ist bis zur Naivetät einfach und doch entsetzlich complicirt, in ihren Bewegungen

unheimlich raffinirt. Die Kaiserin ernennt ein Centralcomité in Paris, das mit unbeschränkten administrativen und juristischen Vollmachten ausgestattet ist und von welchem alle Verfügungen, Anstellungen, Bewilligungen 2c. ausgehen. Personen, welche sogleich 100 Fr. und jährlich 10 Fr. einzahlen, werden die Gründer der Gesellschaft. So wird das Stammcapital aufgebracht. Die Kaiserin ernennt an allen Orten in Frankreich Patronatsdamen, welche die Kinder sammeln, die wöchentlich 10 Centimes oder jährlich 5 Fr. 20 C. einzahlen. Es bestehen Localcomité's, die ebenfalls von der Kaiserin ernannt werden. Das Centralcomité bewilligt, im ersten Jahre bis höchstens 100 Fr. Vorschüsse oder Darlehen an gutgesinnte Arbeiter der Landwirthschaft und der Industrie, Vorschüsse oder Darlehen zur Anschaffung von Werkzeugen und Rohstoffen oder in Nothfällen. Die Gesellschaftscassa befindet sich bei der Bodencreditsanstalt. Die Franzosen hätten es in den practischen Socialwissenschaften wohl etwas weiter, als bis zu einer solchen Verarbeitung des Herrn Schulz=Delitsch bringen können. Aber sie haben eben darauf gewartet, daß die Regierung sie mit einer neuen Erfindung beglückt, welche das Proletariat mit der Dynastie combinirt und deren Nützlichkeit bei der Handhabung des allgemeinen Stimmrechts in die Augen springt.

Es verdient bekannt zu werden, daß am Rande des Manuscripts der jüngst aufgeführten „Freiwilligen von 1814" eine gewisse Hand, die seit zehn Jahren so schwer auf Frankreich ruht, eine Menge von Correcturen gemacht hat, welche der Censur nicht wenig die Arbeit erleichtert haben. Nichtsdestoweniger hat diese es für ihre Pflicht gehalten noch mehr zu streichen und lieber gar nichts sagen zu lassen als „den übeln Neigungen und der Böswilligkeit irgend eine Handhabe zu bieten." Die armen Schauspieler konnten kaum einen Satz sprechen, ohne von den Censoren, namentlich von Herrn Bacciochi, unterbrochen zu werden, dessen Hingebung an die Regierung und dessen Strenge wir schon oft bewundert haben. Dieses übrigens ganz unschuldige Werk ist nur für seinen Erfolg auf eine einzige Redensart beschränkt, einen Schrei der Begeisterung, mit dem das Stück bis zum Uebermaß gewürzt ist, auf das „Vive l'Empereur!" das überall angebracht ist und um jeden Preis im Publikum ein Echo finden soll.

Der Prinz von Joinville hat vor Kurzem eine Schrift über die gepanzerten Schiffe veröffentlicht. Obgleich derselbe sich nicht mit der Politik beschäftigt, so hat die kaiserliche Regierung dennoch Maßregeln ergriffen, um deren Verbreitung durch französische Zeitungen oder Revuen zu verhindern, — so unangenehm ist ihr die Popularität des Prinzen, besonders in der Marine.

Spanien.

Die spanische Dampf=Fregatte Isabella II. ist am 26. von Tanger in Alicante angekommen. Sie überbrachte den Rest der Entschädigung, die Marokko an Spanien zu bezahlen hatte. In Folge dessen hat die spanische Flotte Befehl erhalten, sich nach Tetuan zu begeben, um die dortige spanische Garnison abzuholen, die bis zur vollständigen Bezahlung der Indemnität das Recht zu bleiben hatte. Die Räumung dieser Stadt wird im Laufe des Mai beendet sein.

Belgien.

Nach Berichten aus Brüssel vom 24. April leidet der König furchtbar an einem in der Blase zurückgebliebenen Ueberrest vom Stein, der erst operirt werden kann, nachdem sich die dadurch entstandene Entzündung gelegt. Dr. Civiale ist daher einstweilen nach Paris zurückgekehrt.

Am 25. April hat wieder ein sehr stürmisches Meeting zu Antwerpen stattgefunden, worin eine Petition an den König um Schleifung der Citadelle, und die Nichtwiedererwählung der gegenwärtigen Antwerpener Deputirten, des Ministers Rogier und des Kammerpräsidenten Verwoort, beschlossen wurde. Nächstens wird auch in der Hauptstadt eine, durch klerikale Einflüsse begründete Assoziation, welche gegen die militärischen Ausgaben agitirt, und an deren Spitze der katholische Deputirte Coomans steht, eine Volksversammlung einberufen. Diese Agitation, heiß es in einem Brüsseler Schreiben des „Fr. J.", trifft den König in diesem Momente um so schwerer, als man ganz genaue Kunde hat, daß die Reise der Königin von Holland nach Paris mit feindlichen neapolitanistischen Projektenmachereien gegen Belgien zusammenhängt.

Italien.

Kossuth wird wahrscheinlich in Turin seinen Wohnsitz aufschlagen, da seine beiden Söhne als Secretäre im italienischen Handels = Ministerium angestellt sind.

In Pisa wurde in der Nacht vom 16. v. M. beim Secretär des dortigen Erzbischofs, in der erzbischöflichen Druckerei und im Archiv der katholischen Lesegesellschaft eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen. Dabei sollen einige hundert Abdrücke einer gegen die Regierung gerichteten Schrift vorgefunden worden sein.

Auch bei dem Bischof von Cagli wurde eine Untersuchung vorgenommen und es sollen compromittirende Papiere gefunden worden sein.

Der „C. Oest. Ztg." wird aus Neapel, 23. April, geschrieben: Die Nachrichten aus den Provinzen beweisen, daß es dem General Lamarmora mit den ihm jetzt zur Verfügung stehenden 72 Bataillonen nicht möglich ist, dem Guerillawesen ein Ende zu machen. Alle bedeutenderen Banden in der Capitanata und in der Basilicata sind im Laufe dieses Monats zu verschiedenen Malen von den Truppen geschlagen worden, ohne daß es hiemit gelungen wäre, eine irgendwie bemerkbare Schwächung des Aufstandes zu erreichen. Bei Lavello, bei Lagopesole, bei Monticchio, bei Carbonara und in vielen anderen kleineren Gefechten, sind Hunderte von Soldaten und Parteigängern getödtet oder verwundet worden, und doch hat sich der Zustand des Landes in keiner Weise gebessert. Auf die Ankunft der neu zu formirenden vierten Bataillone der 68 Infanterie=Regimenter baut man jetzt die letzte Hoffnung auf eine endliche Beruhigung der Provinzen. Einige dieser Bataillone haben sich bereits von Oberitalien aus nach Neapel in Marsch gesetzt. Sie werden in den nächsten Tagen hier ankommen und sofort als mobile Colonnen gegen die Guerilla's abgeschickt werden. Zwei zahlreiche Banden, denen es in der Capitanata zu heiß wurde, haben sich in die Provinz Molise geworfen und dort bei Montelongo einem aus der Nationalgarde mehrerer Ortschaften zusammengesetzten Corps eine tüchtige Schlappe beigebracht. In der Sila von Calabrien ist der Brigantaggio mächtig angewachsen. Der berüchtigte Major Fumel ist jetzt dorthin abgegangen, um in seiner gewöhnlichen Manier mit Füsiliren und Niederbrennen die Ruhe wieder herzustellen. Bei Castellamare, also im nächsten Bereich der Stadt Neapel, hat die Bande des geächteten Pilome, auf dessen Fang das Municipium von Ottajano eine Belohnung von 1000 Lire aussetzte, sich des Dorfes Pimonte bemächtigt und das dortige Gemeindehaus zerstört. Der Anhang des Pilome ist durch eine bei Castellamare bewerkstelligte Landung von 60 Parteigängern und durch den zahlreichen Zulauf fahnenflüchtiger Soldaten bis auf mehrere hundert Mann angewachsen. Auch von der ungarischen Legion sind in letzter Zeit viele Leute zu den Königlichen übergegangen. Die Desertionen nehmen dort so überhand, daß der Commandant sich genöthigt sah, ganz außerordentliche Vorsichtsmaßregeln gegen dieselben zu treffen. Der Postverkehr mit den Provinzen ist zum Theil ganz und gar unterbrochen, zum Theil durch die überall umherschwärmenden Banden so unsicher geworden, daß die Reisenden es nicht mehr wagen, sich demselben anzuvertrauen.

Der todt gesagte Crocco hat wieder einmal der amtlichen Turiner Zeitung und dem dortigen Telegraph den Beweis geliefert, daß er noch nicht todt ist. Er passirte an der Spitze von 500 Berittenen an einer starken, bei Ascoli und Candela verschanzten, von General Franzini befehligten Truppencolonne vorüber, wartete einen Angriff ab, zog sodann, als dieser nicht erfolgte, nach Carbonara, lockte durch scheinbaren Rückzug mehrere Truppendetachements aus ihren Verstecken hervor und hieb dieselben nieder. Von dort wendete sich die royalistische Colonne gegen Castiglione, schlug auch dort die gegen sie ausgeschickten Truppen und nahm ihnen viele Gefangene ab. Diese letzteren wurden unbehelligt bis auf den commandirenden Offizier und zwei Neapolitaner zurückgeschickt; Crocco ließ dieselben als Verräther strafrechtlich behandeln.

In Neapel ist Conte Vita zum Director des Registrir= und Stempelamtes ernannt worden. Das Journal „Popolo d'Italia" hatte nichts Eiligeres zu thun, als aus dem früheren Amtsleben des neuernannten Directors ein Actenstück an's Licht zu ziehen, worin derselbe damals die Verhaftung des „berüchtigten Räubers Garibaldi" aufs angelegentlichste einschärfte. Die Folge dieser historischen Reminiscenz war, daß am 19. April Conte Vita von einem Pöbelhaufen aus seinem Amtslocale vertrieben wurde.

Se. Heil. der Papst hat denn doch dem Rathe der Aerzte gefolgt und sich auf drei Wochen zum Landaufenthalte nach Porto d'Anzio begeben. Der Kriegsminister hat Artillerie und 1000 Mann Truppen zum Schutze des heil. Vaters dahin geschickt, und General Goyon hat zu demselben Zweck drei französische Compagnien entsendet. Der Cardinal=Staatssekretär Antonelli ist in Rom verblieben und wird den Papst nur zeitweilig besuchen.

Zur Osterwoche gab es einen ungeheueren Zufluß von Fremden nach Rom.

Am Samstag vor Ostern hat der Papst ungefähr 5= bis 600 Personen empfangen, und zwar mit Einem Male, da er den Einzelnen keine Audienz gewähren konnte. Er ging in dem Saale herum, richtete an Diesen oder Jenen einige liebenswürdige Worte und hielt dann eine Ansprache an die Versammlung. Er sprach von neuen Prüfungen, die nicht allein ihm, sondern allen Katholiken bevorständen und die dem Triumphe vorhergingen, und forderte die Personen, deren augenblickliche Anwesenheit in Rom ihm ein Unterpfand ihrer Ergebenheit sei, zur Stärke im Glauben auf.

Das Gefecht zwischen französischen Truppen und Briganti, das gerüchtweise gemeldet wurde, hat wirklich stattgefunden. Die amtliche Genueser Zeitung meldet hierüber: Die bei Tivoli und Subiaco campirten französischen Truppen wurden von 200 aus dem Neapolitanischen kommenden Briganti angegriffen, da sie sich weigerten der an sie ergangenen Aufforderung, die Waffen niederzulegen, Folge zu geben, sondern Widerstand leisteten. Der erste Zusammenstoß soll den Franzosen sechs bis sieben gekostet haben, da sich die letzteren in großer Minderzahl befanden; inzwischen sei jedoch Verstärkung herbeigeeilt, in Folge dessen die Bourbonischen eine völlige Niederlage erlitten haben und zerstreut worden sind. Der Schauplatz des Kampfes war zwischen den beiden Ortschaften Oricola und Camerata an der Grenze. Diese Nachricht wird auch durch eine Correspondenz des Corriere delle Marche bestätigt.

Rußland.

Dieser Tage ist ein Brief des Papstes an den Warschauer Erzbischof Felinski bekannt geworden. Derselbe trägt das Datum vom 20. Februar. Der Papst spricht darin zuerst seinen Schmerz über die traurigen Zustände der Warschauer Diöcese vor Felinski's Ernennung und dann seine großen Hoffnungen auf den neuen Oberhirten aus. Er ermahnt ihn, bei Sr. Maj. dem Kaiser all seinen Einfluß aufzubieten, um für Białobrzeski und die übrigen compromittirten und verhafteten Priester, ja sogar für die Laien, welche sich politischer Vergehen schuldig gemacht haben, Befreiung auszuwirken. Nicht minder wünscht der Papst, daß viele den katholischen Satzungen und Ansprüchen unbequeme Paragraphen der hier zu Lande geltenden Gesetze abgeschafft, oder doch in einer den katholischen Ansichten entsprechenden Weise reformirt würden. Zu den hervorragenden Gaben des neuen Erzbischofs hegt der Papst das Vertrauen, daß derselbe das kirchliche Leben in Polen kräftig und wohlthätig anregen und fördern werde. Zugleich zeigt er dem Erzbischof an, daß die Vertretung des römischen Hofes in Rußland und Polen durch einen Nuntius principiell bereits günstig entschieden sei (siehe die NN. in Nr. 98). und endlich ladet er den Erzbischof zur Reise nach Rom bei Gelegenheit der Kanonisation der japanesischen Martyrer ein, wo er, der Papst, hoffe, den Erzbischof von Warschau zu sehen und ihn zu umarmen. Dies, nach der „Schles. Z." der kurzgefaßte Inhalt des lateinischen weitläufigen Actenstückes.

Das „Journal de St. Petersbourg" vom 29. April veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, welcher lautet: Um den Geldumlauf auf eine solidere Basis zu stellen, wurde für nothwendig erachtet, schon jetzt graduell Maßregeln zu ergreifen, um der Staatsbank die Vornahme des Austausches der Kreditbillets gegen Bargeld zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke wurde mit dem Hause Rothschild in Paris und London eine 5perzentige Anleihe im Betrage von 15 Mill. Pf. St., mit Coupons, in Obligationen zu 50 bis 1000 Pf. St. contrahirt. Die Zahlung der Zinsen erfolgt in Paris, London, Frankfurt und Amsterdam. Kündigung oder Conversion derselben ist vor zwanzig Jahren unmöglich. Die einlaufenden Beträge werden direct zur Disposition der Staatsbank gestellt, die eingezogenen Creditbillets sogleich verbrannt. Schon jetzt ist die Staatsbank allein ermächtigt, die Ausgabe der Billets nur gegen Bargeld oder behufs des Austausches alter gegen neue Billets vorzunehmen. Sobald die Anleihe gesichert ist, wird der Finanzminister wegen des graduellen Austausches der Billete gegen Gold Vorschläge machen.

Türkei.

Man behauptet, die Montenegriner hätten sechs christliche Häuptlinge von Krenitza weggeführt und in Cettinje hingerichtet, weil dieselben den türkischen Behörden sich unterwerfen wollten.

Local= und Provinzial=Nachrichten.

Krakau, 1. Mai.

*Se. Excell. der Militär= und Civilgouverneur von Galizien FML. Graf Mensdorff=Paully ist am 29. v. in Lemberg wieder eingetroffen.

Der in diesen Tagen erschienene 43. „Rocznik Towarzystwa Dobroczynności" (Jahrbuch des Krakauer Wohlthätigen Vereins) für 1861 weist eine Jahreseinnahme von 36.72· fl. ö. W., wovon gegen 10.000 fl. zu Behuf des Ankaufs eines neuen Hauses für das Institut abgehen. Die Kosten für Armenunterhalt und Administration betrugen gegen 23.000 fl., die Ausgaben für das Haus und anderweitige Zwecke nahe an 7000 fl., Kassenremanent für den Unterhaltungsfonds der Armen und Waisen über 2.500 fl. Durchschnittlich kostet der Unterhalt eines Armen 25 kr. täglich. Im vergangenen Jahre wurden über 200 Alte beiderlei Geschlechts und 45 Kinder unterhalten. Mit Ende 1861 waren im Institut 49 Erwachsene männlichen, 154 weiblichen Geschlechts, 28 Knaben, 17 Mädchen. Davon waren 8 Kinder auf dem städtischen Etat. Haupteinnahmen waren: gegen 3800 fl. aus dem Fiscus, nahe an 12.000 als Procente von Kapitalien, 1200 aus theatralischen Vorstellungen und Lotterien (die Gewinnstlotterie brachte nahe an 900 fl.), 1500 aus Kirchencollekten, 1000 fl. aus verschiedenen unvorhergesehenen Quellen.

Der „Rocznik" von 1861 bringt an seiner Spitze eine Biographie des verstorbenen Vereinsmitgliedes H. Johann Nepom. Walter. Der Vorstand des Vereins ist gegenwärtig folgender: Protector Se. Hochw. Bischof Łętowski, Präsident Senator H. Konst. Hoszowski, Präsidentin Gräfin Arturowa Potocka; Vicepräsidenten die H. H. Lasocki, Dr. Wróblewski, Ludw. Helcel, Fr. Sal. Gawroński; Räthe die H. H. Tyrchowski, Hochw. Karczyński, Musiałkewicz, Bartl. Dr. Ign. Szule, Biasion, Xav. Jedrzejowski, Dr. Theoph. Żebrawski, Ilming, Hochw. Pękalski, Weigel, Kleszczyński, Miętuszewski, Koczyński, Leon Korytowski, Dr. Sawiczewski, Dr. Bobrzyński, Dr. Matth. Jakubowski; Secretär H. Głębocki; Kassier H. Steph. Mukowski; Provisor H. Płonczyński; Arzt Dr. Riedmüller.

H. Alex. Bogusz, der Vorstand des in Szczucin tagenden Comité für die Weichselüberschwemmten, erklärt im „Dz. P.", daß dasselbe wie früher fortbesteht, ohne, wie im „Dz. P." früher gemeldet wurde, irgend welche Hinderungen von Seiten der k. k. Behörden zu erfahren. Die Adresse für die einlaufenden milden Beiträge ist auch fernerhin: „An die Sparkasse in Tarnów".

In Brody wurde am 24. v. von Dilettanten eine dramatisch=musikalische Soirée zu Gunsten der Weichselüberschwemmten veranstaltet, die einen Ertrag von ungefähr 300 fl. einbrachte. Eine der drei „Verlobten" in Korzeniowski's Lustspiel spielte unter großem Beifall ein israelitisches Fräulein.

Die „Gazeta Lwowska" eröffnet eine Reihe Leitartikel über die Bankfrage, deren erster sich entschieden für die Verlängerung des Bank-Privilegiums und gegen die Ausgabe von Staatsnoten ausspricht.

Handels= und Börsen=Nachrichten.

Breslau, 27. April. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen — 5 kr. öst. W. außer Agio):

	bester	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen	85 — 88	82	73 — 78
Gelber "	85 — 87	82	73 — 78
Roggen	60 — 61	58	54 — 57
Gerste	38 — 40	36	34 — 35
Hafer	25 — 28	24	22 — 23
Erbsen	54 — 58	50	44 — 47
Rübsen (für 150 Pfd. brutto)	— —	—	— —
Sommerraps	— —	—	— —

Preise des Kleesamens (für ein Zollzentner — 89½ Wien Pfd. in Pr. Thalern — 1.57½ kr. öst. W. außer Agio):

Weißer Kleesamen:		Rother Kleesamen:	
bester	17— — 18—	bester	12— — 12⅔
guter	14— — 15½	guter	10¾ — 11⅓
mittlerer	11— — 12—	mittlerer	8¼ — 9²²
schlechterer	8— — 10—	schlechterer	6— — 7½

Rzeszów, 25. April. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. öst. W.): Ein Metzen Weizen 4.40 — Roggen 2.58 — Gerste 1.95 — Hafer 1.27 — Erbsen 3.— Bohnen 2.75 — Hirse 2.— — Buchweizen 1.50 — Kukuruz —.— — Erdäpfel 1.— — 1 Klafter hartes Holz 8.50 — weiches 6.— — Futterklee —.— — 1 Zentner Heu 1.— — 1 Zentner Stroh —.60.

Preise der polnischen Producte in Wien vom 19. bis 25. April 1862 in fl. öst. W.

Galizische Hadern: für 1 Zentner weiße mit halbweißen 8.— — Fußhadern 6.— — ordinäre Packhadern 4.— — blaue Leinen=Hadern gemischt mit Cattun 4.37½ — roher polnischer Hanf 15 37½ — gehechelter poln. Hanf 23.25— — roher polnischer Flachs 26.75 — gehechelter poln. Flachs 34.— — poln. Honig —.— poln. Ochsenhörner ohne Sortirung für 1000 Stück —.— 1 Zentner gereinigter rother Klee 28.25 — natürlicher roth. Klee 26.50 — weißer Klee 41.— — polnische Ochsen=Häute naß sammt Hörnern das Pf. —.28½ — poln. Kalbsfelle mit dem Kopf der Centner 85.50 — galiz. Terpentin 27.— — poln. ord. (Zackel)=Wolle 55.— — Wiśniczer Schweinsborsten, Mustergattung 282.50 — weiße Wisn. Schw.=Borsten 192.50 — Jaworower Schweinsborsten, Mustergattung 292.50 — vorzüglichste 202.50 — ausgezeichnete 177.50 — mittlere 101.— — schlechtere 97.50 — Mielecer Schweinsborsten 112.50 — 30 bis 33 grädiger Spiritus transito (für 1 Grad) —.56½ — rectificirter 30 grädiger Sp. transito —.62½ — Tarnopoler Wachs der Ctr. 140.—

Hamburg, 29. April. CreditAct. 84½. — National=Anlehen 54. Wien 100.25. Oesterreichische Papiere blieben gefragt.

Amsterdam, 29. April. Dort verzinsl. 71⅛. — 5perc. Met. 49¹³⁄₁₆. — 2½perc. Metall. 25½. — National=Anlehen 59¹³⁄₁₆. Lebhaft.

Berlin, 29. April. Freiw. Anl. 101⅝. — 5perc. Met. 55½. — 1854er Lose 75. — Nat.=Anleihe 65¼. — Staatsbahn 139. — Credit=Actien 84½. — Cred. Lose fehlt. — Wien 76¾.

Frankfurt, 29. April. 5percent. Met. 53. — Wien 90¼. — Bankactien 773. — 1854er Lose 73½. — National=Anlehen 63⅛. — Staatsbahn 245½. — Cred.=Act. 199. — 1860er Lose 73⅝. — Anlehen 1859 69⅞.

Paris, 29. April. Schlußcourse: 3perc. Rente 70.40. — 4½perc. Rente 98.40. — Staatsbahn 528. — Credit=Mob. 838. — Lombarden 581.

Consols mit 93⅞ gemeldet.

Haltung wenig fest, wenig Geschäft.

London, 29. April. Consols (Schluß) 93. — Lomb.=Disconto 3¼. — Wien 13.30.

Wien, 30. April. National=Anlehen zu 5% mit Jänner, Coup. 85.— Geld, 85.20 Waare, mit April=Coup. 84.80 Geld=84.80 Waare. — Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 97.30 Geld, 97.50 Waare, zu 100 fl. 100.50 G., 100.75 W.— Galizische Grundentlastungs=Obligationen zu 5% 74.75 G. 75.25 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 859.— G. 861.— W. — der Kredit=Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 224.50 G. 224.60 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. CM. 2316.— G. 2318.— W. — der Galiz.=Karl=Ludw.=Bahn zu 200 fl. C.=Mze. mit Einzahlung 238.— G. 238.50 W. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 109.75 G. 110.— W. — London, für 10 Pfd. Sterling 130.— G. 130.20 W. — K. Münzdukaten 6.14 G. 6.15 W. — Kronen 17.90 G. 17.94 W. — Napoleond'ors 10.35 G. 10.36 W. — Russ. Imperiale 10.60 G. 10.62 W. — Vereinsthaler 1.93½ G. 1.94 W. — Silber 129.15 G. 129.35 W.

Krakauer Cours am 30. April. Silber=Rubel Agio fl. p. 113 verlangt, fl. p. 111 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 360 verlangt, 354 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währ. Thaler 77½ verlangt, 76½ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 129 verlangt, 128 bez. — Russische Imperials fl. 10.70 verl., 10.56 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 10.46 verlangt, 10.32 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.07 verl., 6.00 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand=Dukaten fl. 6.15 verl., 6.07 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst l. Coup. fl. p. 101¼ verl., 100½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in österr. Währung fl. 84½ verl., 83¾ bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.=Münze fl. 84½ verl., 83¾ bezahlt. — Grundentlastungs=Obligationen in österreichischer Währung fl. 77½ verlangt, 76½ bezahlt. — National=Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 85 verl., 84 bez. — Aktien der Carl=Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 231 verl., 231 bez.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. April. Nach den gestern Abends stattgehabten Vorversammlungen der Berliner Wahlmänner ist die Wiederwahl sämmtlicher bisheriger Berliner Abgeordneten, mit Ausnahme Kühne's, gesichert.

Massenhafte Telegramme und Zeitungsberichte lauten fast ohne Ausnahme für die liberale, namentlich für die Fortschrittspartei günstig. Nach einem Telegramm der National=Zeitung haben in Mühlhausen bei Elbing die Reactionäre gesiegt, worauf es zu Gewaltthätigkeiten gegen die Liberalen kam.

Die neueste Sternzeitung theilt keine Wahlresultate mit, bemerkt jedoch, daß die vorgerückte Opposition in der Hauptsache gesiegt habe. Die Wahl spiegele die politische Ueberzeugung der wahlberechtigten Bevölkerung Berlins nicht richtig ab. Die Fortschrittspartei sei schon lange constituirt, die conservative Partei erst nach dem Ministerwechsel organisirt. Die Conservativen seien im höchsten Grade unvollzählig erschienen. Die Ergebnisse der hiesigen Wahlen gestatteten in ihrer überaus einseitigen Erscheinung keinen Rückschluß auf das wirkliche Zahlenverhältniß der Parteien.

Hannover, 30. April. Unterrichtete Personen halten den Anschluß Hannovers an den französischen Handelsvertrag für gesichert. Einige unerhebliche materielle Bedenken seien beseitigt.

Karlsruhe, 29. April. Mit einstimmigem Beschluß hat sich die Kammer für das kurhessische Wahlgesetz von 1849 ausgesprochen. Der Finanzminister erklärte bezüglich des preußisch = französischen Handelsvertrags, es sei noch keine Entscheidung getroffen; später werde die Vorlage zur Zustimmung erfolgen.

Kassel, 29. April. Das Gesetzblatt bringt einen landesherrlichen Erlaß vom 26. April, welcher die Ständewahlen auf Grund des Wahlgesetzes von 1860 anordnet. Wer aktiv oder passiv sich an der Wahl betheiligen will, muß zuvor in einem Protokoll erklären, daß er die Verfassung von 1860 anerkenne. Das Zuwiderhandeln der Wahlkommissarien wird mit 30 bis 50 Thalern bestraft.

London, 30. April. Im gestrigen Unterhause kam es zur Sprache, daß die spanischen Behörden den englischen Consul in Sevilla verpflichtet haben, den protestantischen Gottesdienst im Consulate einzustellen. Der englische Gesandte in Madrid hat protestirt.

St. Petersburg, 30. April. Am gestrigen Geburtstage des Kaisers veröffentlichte der „Invalide" zahlreiche diplomatische und militärische Beförderungen. General Lüders wurde zum Mitgliede des Reichsrathes, die Gesandten Balabine und Persiani zu Geheimräthen ernannt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

N. 238. **Concursausschreibung.** (3723. 3)

Zu besetzen ist:

Die k. k. Werksarztenstelle bei dem k. k. Bergamte zu Jaworzno in der XI. Diäten-Classe mit dem jährlichen Gehalt von 525 fl. ö. W. und einem Pferdpauschale von 210 fl. ö. W. zur Hälfte aus der Bergamts-Cassa und Bruderladenscassa zahlbar, freier Wohnung, 2 Klafter Holz und 160 W. Zent. Würfelkohlenbezug, dann dem Genuße von 4 Joch Deputatgründen.

Gesuche sind unter Nachweisung der medicinisch-chirurgischen Studien und der bisherigen Praxis der Sprachkenntnisse insbesondere der polnischen Sprache, binnen vier Wochen bei dem k. k. Bergamte in Jaworzno einzubringen.

K. k. Bergamt.

Jaworzno, am 23. April 1862.

Licitations-Ankündigung (3707. 3)

Von Seite der k. k. Genie-Direction in Lemberg wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß mit Bezug auf das Rescript des hohen k. k. Kriegs-Ministeriums und in Folge der Verordnungen des hohen k. k. Landes-General-Commando vom 4. Februar 1862 A. 12 Nr. 232 und vom 20. Februar 1862 A. 7 Nr. 159, wegen Verkauf des ³/₄ Stunden von Jaroslau entfernten Verpflegs-Etablissements zu Glemboka und der hiezu gehörigen Gründe, beziehungsweise Gärten, am 2. Juni 1862 in der k. k. Stations-Commando-Kanzlei in Jaroslau um 11 Uhr Vormittags eine öffentliche Licitation, wozu auch schriftliche, mit den erforderlichen Eigenschaften versehene Offerten zugelassen werden, abgehalten wird.

Die ganze Grund-Area umfaßt 3 Joch und 705 Wiener Quadrat-Klafter, wovon 1 Joch 1528 □° Bau- und 1 Joch 777 □° Gartengrund sind, welche theils von einer freistehenden Mauer und Planke umschlossen, theils umzäunt sind, und umfaßt nachstehende Gebäude:

A. Das gemauerte Wohn-, respective Hauptgebäude; selbes ist ebenerdig, 14° 2′ 6″ lang, 11° 4′ 0″ breit und hat eine Stockwerkshöhe von 1° 5′ 0″ im Lichten, enthält 1 Vorhaus, 15 Localien, 1 Abort und 3 Kellerräume, alles ist gewölbt. Dieses Gebäude hatte ein Stockwerk, welches im Jahre 1861 abbrannte, dasselbe ist gegenwärtig provisorisch ganz neu eigedeckt.

B. Die gemauerte, mit Eisenblech eingedeckte Backstube mit Hand- und Mehldepot; selbe ist ebenerdig, 13° 3′ 6″ lang, 4° 4′ 0″ breit, 2° 0′ 0″ hoch und hat 2 Backöfen, 1 Backküche, 1 Backstube und 1 Mehlkammer.

C. Die gemauerte mit Schindeln eingedeckte Feldbäkkerei mit der Bäckermeisters-Wohnung, ist ebenerdig 4° 5′ 6″ lang, 5° 4′ 0″ breit, 1° 3′ 0″ hoch und hat 1 Feldbackofen nebst 3 sonstigen Localien.

D. Die gemauerte mit Schindel eingedeckte Bäckergesellen-Wohnung sammt Wachstube ist ebenerdig, 12° 3′ 4″ lang, 4° 4′ 0″ breit, 1° 1′ 6″ hoch und hat 9 Localien.

E. Das halb gemauerte, halb baraquenartig gebaute, mit Schindeln gedeckte Feuerlöschrequisiten-Depot ist ebenerdig, 10° 0′ 0″ lang, 4° 2′ 0″ breit, 2° 3′ 6″ hoch und hat 3 Unterabtheilungen.

F. Die Holzkammer, wie vor erbaut, 6° 0′ 0″ lang, 3° 0′ 0″ breit und 1° 2′ 0″ hoch.

G. Das Holzdepot, wie vor erbaut, 12° 3′ 0″ lang, 4° 1′ 0″ breit, 2° 1′ 0″ hoch und hat 6 Unterabtheilungen.

H. Depot Nr. 1; die zwei Stirnseiten haben gemauerte Fundamente und Pfeiler, die Hauptwände sind aus Holz ohne Zockel mit gemauerten Pfeilern hergestellt, mit Schindeln eingedeckt, 20° 0′ 0′, lang, 5° 5′ 2″ breit und 1° 3′ 0″ hoch.

I. Depot Nr. 2 ist halb gemauert, halb baraquenartig gebaut, mit Schindeln gedeckt, hat gemauerte Fundamente, ist ebenerdig, 9° 5′ 11″ lang, 5° 0′ 0″ breit und 1° 2′ 6″ hoch.

K. Depot Nr. 3 hat gemauerte Fundamente, Pfeiler von 2′ 6″ im Quadrat, die Zwischenräume sind mit Pfosten verschallt. Im Depot selbst sind 2 Reihen Säulen, auf welchen die Oberschwellen ruhen und zur Unterstützung der Bundträme dienen, ist mit Schindeln gedeckt, 15° 4′ 0″ lang, 5° 5′ 6″ breit und 1° 4′ 2″ hoch.

L. Depot Nr. 4 und 5; eine Hauptseite desselben ist durchaus gemauert, die übrigen ruhen auf gemauerten Fundamenten, haben gemauerte Pfeiler 2′ im Quadrat und die Zwischenräume mit Pfosten verschallt, haben 2 Abtheilungen, sind mit Schindeln gedeckt und zusammen 45° 4′ 0″ lang, 4° 5′ 6″ breit und 1° 1′ 6″ hoch.

M. Der Brunnen ist neu hergestellt, mit einer Radaufzugsvorrichtung und hat ein hölzernes Brunnenhaus.

Der Kaufanbot muß sich auf sämmtliche vorbezeichnete Objecte und den ganzen Grund beziehen, daher die Gebäude mit fortlaufenden Buchstaben bezeichnet sind, und es wird das ganze Etablissement an Denjenigen überlassen, welcher hiefür den größten Anbot stellt.

Zu diesem Behufe hat:

1. Jeder Kauflustige respective Licitant noch vor Beginn der Licitation ein Vadium zu Händen der Versteigerungs-Commission entweder im Baaren, oder in Staatspapieren nach dem börsenmäßigen Curse zu erlegen, welches für alle Objecte sammt Grund im Betrage von 800 fl. ö. W. zu bestehen hat.

2. Wird das erlegte Vadium gleich nach beendeter Licitation an den Nichtersteher rückgestellt werden.

3. Der Kaufsanbot im baaren Gelde für das erstandene Etablissement sammt Gründen hat erst nach der hohen Genehmigung des Verhandlungs-Protocolles in die Hauptcasse der k. k. Genie-Direction in Lemberg von Ersteher erlegt zu werden.

4. Die schriftlichen Offerte müssen noch vor Beginn der Verhandlung versiegelt einlangen, gestempelt sein und das festgesetzte Vadium, oder eine ämtliche Bescheinigung über den erfolgten Erlag desselben bei einer k. k. Militär-Casse enthalten. In demselben muß ferner der Preisanbot sowohl mit Ziffern als mit Worten bestimmt angeführt, der Vor- und Zuname, Character und Wohnort des oder der Offerenten angegeben und die Erklärung enthalten sein, daß Offerent sich den ihm bekannten, und von seinem sich durch eine legalisirte Vollmacht ausweisenden Machthaber unterfertigten Licitations-Bedingnissen unterwerfe.

Die näheren Bedingnisse, so wie Auskünfte bezüglich dieser Licitation können in den gewöhnlichen Amtsstunden in der k. k. Genie-Directions-Kanzlei in Lemberg und Krakau, dem k. k. Militär-Stations-Commando in Jaroslau und dem k. k. Genie-Directions-Filiale in Przemysl eingesehen werden.

Lemberg, am 10. April 1862.

Intelligenzblatt.

Kundmachung (3736. 2-3)

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
30	2	333‴56	+ 11·2	42	Ost schwach	Heiter mit Wolken		+ 3·2	+ 15·1
	10	33 52	+ 7·8	65	" "	" "			
1	6	34 10	+ 3·8	78	" "	" "			

Wiener-Börse-Bericht

vom 29. April.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	67 50	67.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	85.—	85.20
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	70.70	70 80
dtto. „ 4½% für 100 fl.	63 75	64 25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	150 50	151 —
" 1854 für 100 fl.	97.75	98.—
" 1860 für 100 fl.	100.—	100 25
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.75	17.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen.

	Geld	Waare
von Niede. Österr. zu 5% für 100 fl.	87.50	88.80
von Mähren zu 5% für 100 fl.	92.—	93.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.—	88.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	88.—	88.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	96.—	97.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.50	88.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	76.—	76.75
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	74.75	75.25
von Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	76.—	76.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	75.—	75.50
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	71.—	71.75

Actien

	Geld	Waare
der Nationalbank . . . pr. St.	852.—	855.—
der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	222.—	222.20
Nieder.-öster. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	647.—	648.—
der Kais.-Ferd.-Nordbahn 1000 fl. CM.	2298	2300
der Staats-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	275.—	275.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	165.75	166.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	135.75	136.—
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 180 fl. (90%) Einz.	275 —	277 —
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. mit 180 fl. (90%) Einzahlung	233 50	234 —
der österr. Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	458 —	460.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	252.—	254.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C. M.	398 —	402 —
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	392.—	395.—

Pfandbriefe

		Geld	Waare
der Nationalbank auf CM.	6jährig zu 5% für 100 fl.	103.50	103.75
	10jährig zu 5% für 100 fl.	98 50	99.50
	verlosbar zu 5% für 100 fl.	90.—	90 50
der Nationalbank auf österr. Währ.	12monatlich zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
	verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.50	86.75
Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl.		—.—	80 —

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	132.40	132.60
Donau-Dampfsch.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	103 75	104.25
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	127.50	128.—
" " 50 " "	55.50	56.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	39.—	39 25
Esterhazy zu 40 fl. CM.	101.—	101 50
Salm zu 40 "	39.25	39 75
Palffy zu 40 "	37.75	38.25
Clary zu 40 "	36.75	37.—
St. Genois zu 40 "	38.25	38.75
Windischgrätz zu 20 "	22.75	23.—
Waldstein zu 20 "	25.—	25.50
Keglevich zu 10 "	16.75	17.—

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	100.15	100.30
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%	100.25	100.65
Hamburg, für 100 M. B. 3%	97.50	97.75
London, für 10 Pfd. Sterl. 5%	130 75	130.90
Paris, für 100 Franks 5%	51 40	51.50

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	fl. kr.	Letzter Cours. Geld fl. kr.	Waare fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	6 20	— —	6 15	6 15
" vollw. Dukaten	6 20	— —	6 14	6 15
Krone	— —	— —	18 —	18 —
20Frankstück	10 39	10 37	10 38	10 39
Russische Imperiale	— —	— —	10 68	10 70
Silber	129 90	— —	129 50	129 75

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 1. Mai 1861 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien und Breslau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Warschau 7 Uhr Früh; — nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach Rzeszów 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm.; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ostrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Granica nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vormittags, 2 Uhr 15 Minuten Nachmittags.

von Szczakowa nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vormitt., 2 Uhr 26 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends.

von Rzeszów nach Krakau 1 Uhr 40 Min. Nachmitt.

von Lemberg nach Krakau 4 Uhr Früh, 5 Uhr 10 Minuten Abends.

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Rzeszów 7 Uhr 40 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachmitt.; — von Wieliczka 6 Uhr 40 Min. Abends.

in Rzeszów von Krakau 11 Uhr 34 Min. Vorm.

in Lemberg von Krakau 9 Uhr 30 Minuten Früh, 9 Uhr 15 Minuten Abends.

In der Buchdruckerei des „CZAS." Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.